

Bemühungen zur Verbannung waffenfähigen Urans aus der zivilen Nutzung. 15.000 Einwendungen wurden im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren erhoben. 200 Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen auch Vertreter Österreichs, demonstrierten friedlich gegen die Inbetriebnahme. Der bayerische Ministerpräsident hatte erst vor kurzem mit der Aussage Schlagzeilen gemacht, daß der deutsche Atomausstieg falsch sei und die Option Atomenergie offengehalten werden müsse. Auch der Ersatz bestehender Atomkraftwerke und bei Bedarf auch der Bau von neuen Anlagen müsse möglich sein. „Es ist ein Skandal, wie mit den berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger umgegangen wird. Nicht nur für den FRM-II Forschungsreaktor, sondern generell - und nach wie vor - ungelöst sind die Entsorgung des radioaktiven Abfalls aus allen Atomanlagen und die Abgabe der radioaktiven Stoffe über die Abluftkamme auch im sogenannten „Normalbetrieb“. Ungeklärt ist der Schutz der Atomanlagen vor Flugzeugabstürzen, die Gefahr eines Atomunfalls, die Einleitung von radioaktiven Stoffen in die Gewässer“, erklärte Maria Fellner, Stellvertretende Obfrau der Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLA-GE).

Der 435 Millionen Euro teure Reaktor war bereits 2001 fertiggestellt worden. Wegen des Streits zwischen Berlin und München um die Verwendung waffenfähigen Kernbrennstoffs war die Inbetriebnahme jedoch verzögert worden. Vor viereinhalb Jahren war damit begonnen worden darüber nachzudenken, den Reaktor auch mit nicht waffenfähigem Uran zu betreiben. Einem Kompromiß zufolge darf der Reaktor nun wie von Bayern geplant mit hochangereichertem Uran in Betrieb gehen, jedoch ab 2010 nur noch mit einem noch zu entwickelnden,

niedriger angereicherten Brennstoff aus Uran-Molybdän arbeiten, um den angestrebten Neutronenfluß zu erhalten. Der FRM-II wird seit März dieses Jahres stufenwei-

se hochgefahren. Bis Juli will man die Endleistung von 20 Megawatt erreichen und dann im Herbst mit dem Routinebetrieb beginnen. ●

### Plutoniumwirtschaft

## Das Bundesumweltministerium feiert den Wiedereinstieg in die Wiederaufarbeitung als „sichere Räumung des Plutoniumbunkers in Hanau“

### Rot-Grün will 1,5 Tonnen Plutonium nach Frankreich verschieben

Entsetzt äußerten sich Greenpeace und andere Umweltverbände über neue deutsche Verträge mit der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich. Nach dem gescheiterten Export der Hanauer MOX-Fabrik nach China riskiert Rot-Grün jetzt erneut die Glaubwürdigkeit seiner Atompolitik. Am 16. Juni 2004 gab das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter bekannt, daß Plutonium aus den Schnellen Brütern Kalkar und Karlsruhe nach Frankreich in die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague exportiert werden soll. Das bedeutet, daß die Besitzer des Plutoniums, der Stromversorger RWE und das bundeseigene Forschungszentrum Karlsruhe, neue Wiederaufarbeitungsverträge eingehen. Das widerspreche dem Plan der rot-grünen Bundesregierung, aus dieser gefährlichen Technologie so schnell wie möglich auszusteigen, kritisiert Greenpeace. Greenpeace-Atomexpertin Susanne Ochse: „Rot-Grün ist angetreten, um die verseuchende Wiederaufarbeitung endlich zu beenden – und jetzt werden neue Verträge abgesegnet. Das ist unverantwortlich. Deutschland darf seine Atommüll-Entsorgungsprobleme nicht auf Kosten Frankreichs lösen. Und es ist klar, warum diese Neuig-

keit erst nach dem (Europa-) Wahlsonntag verbreitet wird. Das hätte die Grünen letzte Woche massiv Wähler gekostet – nicht nur in Deutschland.“

Auf dem Siemens-Gelände in Hanau lagert das Bundesamt für Strahlenschutz in der sogenannten staatlichen Verwahrung insgesamt mehr als 1,5 Tonnen Plutonium. Die jetzige Entscheidung zur Wiederaufarbeitung in La Hague bedeutet, daß dieses Material wieder in den Plutonium-Kreislauf eingeschleust wird. In der Region um La Hague wurde bei Kindern und Jugendlichen eine um das Dreifache erhöhte Leukämierate festgestellt.

„Das Plutonium muß in Hanau bleiben, als Abfall deklariert und in Deutschland entsorgt werden“, fordert Susanne Ochse. Als Alternative zu Wiederaufarbeitung und Mischoxid(MOX)-Brennelementen aus Uran und Plutonium habe die rot-grüne Landesregierung in Hamburg in den 90er Jahren ein Konzept der Plutoniumverarbeitung in sogenannten Lagerstäben mit anschließender Endlagerung entwickelt.

Bei dem Atommüll handelt es sich um 205 unbestrahlte Brennelemente des RWE-Konzerns, die für den Schnel-

len Brüter in Kalkar bestimmt waren, sowie kleinere Plutoniumbestände, die vom Versuchsbrüter KNK II des staatlichen Kernforschungszentrums Karlsruhe (FZK) stammen. Dieses Plutonium „gehört“ formal der Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD).

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) spricht sich ebenfalls gegen den Export des in Hanau lagernden Plutoniums zur Wiederaufarbeitung nach Frankreich aus. Die rot-grüne Regierung verstoße damit gegen ihre Zusage, aus der umweltgefährdenden Wiederaufarbeitung bis Ende 2005 auszusteigen. Renate Backhaus, Atomexpertin im BUND-Bundesvorstand: „Dieser Plan ist ein klarer Bruch bisheriger Zusagen. Vielleicht erscheint es auf den ersten Blick billiger, das Plutonium nach La Hague zu bringen und dort in Kernbrennstäbe für Atomkraftwerke einzuarbeiten. Sicherer wäre es jedoch, es in Hanau zu lassen und dort für die langfristige Lagerung zu verglasen. Die Technologie dafür ist entwickelt. Dieser Weg muß nur politisch gewollt sein.“

Zur Entsorgung des Plutoniums bietet sich auch nach Auffassung des Vorsitzenden der Reaktorsicherheitskommission, Michael Sailer, die Verglasung in Lagerstäben an. Nach einer Abklingphase würde dann deren Endlagerung folgen, um das Plutonium endgültig dem Brennstoffkreislauf zu entziehen. Allerdings, so Sailer, sei die von Bundesumweltminister Trittin (Grüne) bevorzugte Variante die derzeit „einzig realistische“, weil weder eine Anlage zur Verglasung des Plutoniums noch ein Endlager zur Verfügung stünden.

Der Stromkonzern RWE Power plant, das hochgiftige und atomwaffenfähige Plutonium nach seiner Umarbeitung in MOX-Brennelemente im Atomkraftwerk Gundremmin-

gen als Brennstoff einzusetzen, klagt Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative, einer Regionalgruppe der IPPNW.

Zur Erinnerung: Das Atomkraftwerk Gundremmingen wird mit seinen Reaktorblöcken B und C als Deutschlands größte Atomreaktoranlage mit Siedewasserreaktoren betrieben, einem veralteten Bauartprinzip mit nur einem Kühlkreislauf. 1995 wurde den AKW-Betreibern trotz massiver Bedenken und Einwände zugestanden, diese Anlage auch mit plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen zu betreiben, obwohl dadurch der Atombetrieb um ein vielfaches riskanter wurde.

Neben den erhöhten Sicherheitsrisiken im laufenden Betrieb entstehen durch Abbrand von MOX auch große weitere Probleme bei der anschließend notwendigen Lagerung des Atommülls. Durch den Abbrand von MOX-Brennelementen werden neue langlebige, hochgiftige und radioaktive Elemente erbrütet. Im Vergleich zum Abbrand von „normalen“ Uranbrennelementen werden dadurch längere Abklingzeiten und Lagerfristen notwendig.

Die Betreiber des AKW Gundremmingen planen, auf ihrem Kraftwerksgelände ein Atommülllager zu bauen. Dieses Lager in Form einer offenen und gut durchlüfteten Halle wird mit 192 CASTOR-Stellplätzen Deutschlands größtes Lager für Atommüll werden. Die dortigen Lagermengen übersteigen an radioaktivem Potential die bisher genehmigten Mengen der Lager von Ahaus und Gorleben.

Ob der Müll von dort, wie zunächst geplant, in 40 Jahren abgeholt wird, ist höchst ungewiß. Denn bisher gibt es nirgends ein Endlager, in dem diese Stoffe über tausende von Jahren sicher für Mensch, Tier und Pflanze abgeschirmt und verantwortungsvoll gelagert werden können. ●

## Atomwirtschaft

# Große Mehrheit der Deutschen lehnt neue Atomkraftwerke ab

## 3-Länder-Initiative gegen eine atomare Renaissance in Deutschland gestartet

Eine weitere Nutzung der Atomenergie, wie sie die CDU-Chefin Angela Merkel und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber befürworten, wird von der Mehrheit der Deutschen abgelehnt. In einer Forsa-Umfrage unter 1007 repräsentativ ausgewählten Bundesbürgern am 3. und 4. Juni 2004 im Auftrage des Hamburger Magazins *stern* sprachen sich 47 Prozent der Befragten für einen allmählichen Verzicht auf die Kernenergie aus. 18 Prozent plädierten sogar dafür, so schnell wie möglich auszusteigen. Dafür, daß die Kernenergie weiter wie bisher genutzt werden soll, stimmten nur 30 Prozent.

Obwohl 53 Prozent der Bürger befürchten, es könnte in der Energieversorgung Deutschlands langfristig zu größeren Engpässen kommen, sind die Deutschen strikt gegen den Bau neuer Atomkraftwerke. 79 Prozent sprachen sich in der *stern*-Umfrage dagegen aus, dafür sind nur 18 Prozent. Eine Mehrheit von 51 Prozent ist auch dagegen, die bestehenden Atomkraftwerke länger als vereinbart zu nutzen, dafür sind 42 Prozent.

Auf die hohen Öl- und Benzinpreise wollen die Bundesbürger demnach vor allem mit Sparen reagieren. 54 Prozent der Befragten gaben an, sie wollten künftig ihren Verbrauch an Benzin, Strom und anderen Energiearten reduzieren, 39 Prozent sagten, sie würden in Zukunft weniger Auto fahren, und 87 Prozent der Autofahrer wollen beim nächsten Autokauf ein Fahrzeug mit niedrigem Verbrauch auswählen. Die statistische Fehlertoleranz der Befragung

wird mit  $\pm 3$  Prozentpunkte angeben.

## Zehntes 3-Ländertreffen in Passau

Das 3-Ländertreffen – ein Zusammenschluß von deutschen, tschechischen und österreichischen Anti-Atom-Organisationen – startete am 25. Juni 2004 in Passau eine Initiative, mit der der Wiedereinstieg Deutschlands in die Nutzung der Atomenergie unter Einbindung von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Religionsgemeinschaften, der Wirtschaft und von Prominenten aus Kultur und Sport verhindert werden soll. Damit reagieren die Anti-Atom-Gruppierungen aus Deutschland, Österreich und Tschechien erstmals gemeinsam auf die Aussagen von CDU- und CSU-Politikerinnen und Politikern der vergangenen Wochen.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) und auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hatten sich wiederholt für eine fortgesetzte Nutzung der Atomenergie ausgesprochen. „Eine CDU/CSU-Regierung würde es den Betreibern ermöglichen, Kernkraftwerke solange laufen zu lassen, wie sie es wollen“, hatte Angela Merkel erklärt. Die bayerische Staatsregierung hatte für eine stärkere Nutzung der Kernenergie plädiert, wozu gegebenenfalls auch der Neubau von Atomanlagen gehöre („Die Welt“ vom 7. Juni 2004).

Beim 3-Ländertreffen in Passau hatten Politiker der CSU, der FDP, der Grünen und der ödp den Anti-Atomgruppen Rede und Antwort gestanden. Dabei stieß die Aussage des

Landtagsabgeordneten Konrad Kobler (CSU) auf besonderes Interesse, der erklärte, daß an einen Neubau von Atomkraftwerken nicht gedacht sei.

Insgesamt verstärkte sich neuerlich die Befürchtung einer atomaren Renaissance, die sich für die Zeit nach den Bundestagswahlen 2006 ankündigte, erklärten die Veranstalter des Treffens von der Oberösterreichischen Plattform gegen Atomgefahr Linz, dem Aktionskomitee Stop Temelin, dem Verein Gemeinsam für Sonne und Freiheit, der Bayerischen Plattform gegen Atomgefahr insbesondere aus Temelin e.V., dem Bund Naturschutz Landhut, der Bürgerinitiative Isartal e.V., dem Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut und Umgebung, der Greenpeace-Gruppe Passau, der Vereinigung Südböhmische Mütter, Budweis, und der Bürgerinitiative Umweltschutz, Budweis.

Das 3-Ländertreffen verabschiedete eine Resolution und einen Aktionsplan, der den Wiedereinstieg Deutschlands in die Nutzung der Atomenergie verhindern soll. Demnach sollen die Kontakte zwischen Österreich, Deutschland und Tschechien auf der Ebene der Anti-Atom-Organisationen verstärkt werden, Gespräche österreichischer und tschechischer PolitikerInnen von Bund, Land und Kreisen mit der bayerischen Staatsregierung und der deutschen Bundesregierung eingefordert werden, der Informationsaustausch zwischen Deutschland, Österreich und Tschechien verbessert und von PolitikerInnen in Österreich, Deutschland und Tschechien entsprechende Maßnahmen gefordert werden, und schließlich müsse Österreich eine offizielle Erklärung zu atomaren Ausbauplänen in Deutschland einfordern, wie dies zu den Ausbauplänen in der Slowakei und in Tschechien geschehen sei. ●